

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

27. Jahrgang

Berlin, den 24. Juni 1960

Nummer 26

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Juni 1960

### Zur internationalen Situation

Im gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Geschehen ist der Konjunkturaufschwung in den westeuropäischen Industrieländern die treibende Kraft. Träger der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in diesen Ländern ist vielfach nicht nur die starke Investitionszunahme, sondern auch die Ausweitung des privaten Verbrauchs. Im Gegensatz dazu steht die Entwicklung in den USA, in denen sich Stagnationstendenzen immer deutlicher abzeichnen. Die jetzt rascher als die Ausfuhr wachsende westeuropäische Einfuhr kommt sowohl den Rohstoffländern als auch den USA zugute. Es ist damit zu rechnen, daß die Rohstoffländer durch die steigenden Exporterlöse zu einer Beschleunigung ihrer Expansion veranlaßt werden, die sich wieder in einer ausgeprägten Zunahme ihrer im vergangenen Jahr noch gedrückten Einfuhren bemerkbar machen wird. Jedoch darf kaum angenommen werden, daß die nunmehr kräftige Steigerung der amerikanischen Ausfuhren zu einer Überwindung der Stagnationserscheinungen in den USA führen wird. Auch wird die Bewegungsfreiheit der wirtschaftspolitischen Instanzen durch die Verbesserung der amerikanischen Außenhandelsituation kaum in dem Maße vergrößert, wie dies im Interesse einer die geschwächte Konjunktur stützenden Politik läge, weil nämlich der Kurs des teuren Geldes, der in vielen westeuropäischen Ländern verfolgt wird, eine die USA benachteiligende internationale Bewegung des kurzfristigen Kapitals begünstigt.

Die Gefahr, daß Westeuropa als Ganzes die konjunkturelle Führungsrolle, in die es im Laufe der jüngsten Vergangenheit dank der größeren Dynamik in seinem Wirtschaftsgeschehen hineingewachsen ist, schlechter spielen wird als es ihm seine derzeitige außenwirtschaftliche Lage erlauben würde, ist nicht von der Hand zu weisen. Als Einheit betrachtet verfügt Westeuropa zwar gegenwärtig über einen beachtlichen außenwirtschaftlichen Spielraum. Die Integration der EWG-Staaten zu einer Wirtschaftsgemeinschaft und die jetzt wieder in Gang geratenen Bemühungen, die EWG und die EFTA einander zu nähern, dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es Westeuropa als Wirtschaftseinheit bisher nicht gibt

und daß die einzelnen westeuropäischen Länder noch weitgehend bei der Planung und Ausübung ihrer Konjunkturpolitik auf sich allein gestellt sind. Unter diesen Umständen ist es für die Gestaltung der westeuropäischen Konjunktur und damit für die weltwirtschaftliche Konstellation nicht belanglos, daß die Außenwirtschaftslage der einzelnen westeuropäischen Volkswirtschaften stark differenziert ist. Solange nämlich Länder, wie Westdeutschland, die eine starke Außenwirtschaftsposition einnehmen, keinen Ausgleich schaffen für die vorsichtigeren Politik der außenwirtschaftlich schwächeren Länder und in Sorge um ihre binnenwirtschaftliche Preisstabilität eher dämpfende Maßnahmen ergreifen, als etwa bisher noch vor der Auslands konkurrenz geschützte Reserven abzubauen, muß das Wirtschaftswachstum in der Welt hinter der Expansionsrate zurückbleiben, die an sich vom Potential her möglich wäre. Auch die Spielregeln der freien Konvertibilität schaffen hier allein keine Abhilfe. Soweit sie überhaupt auf einen Ausgleich hinwirken, werden sie — wie die jüngsten in der Bundesrepublik Deutschland ergriffenen Maßnahmen zeigen — auf administrativem Wege zu umgehen versucht.

In den USA wirft die Entwicklung des privaten Verbrauchs schwerwiegende Probleme auf. Das noch anhaltende kräftige Wachstum der Anlageinvestitionen und die bis Anfang des Jahres ebenfalls nicht unbeträchtliche, zunächst auf Lager gegangene Mehrproduktion wichtiger Verbrauchsgüter hätten von der Einkommensbildung her für dieses Jahr eine ins Gewicht fallende Verbrauchsausweitung möglich gemacht. Wenn trotzdem die recht optimistischen Absatzerwartungen der Verbrauchsgüterproduzenten enttäuscht wurden, so kommt hierin zum Ausdruck, daß sich einmal die Sparquote leicht erhöhte, d. h. daß der Verbrauch weniger stark stieg als das verfügbare Einkommen, und daß zum andern das Schwergewicht des zusätzlichen Verbrauchs bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen lag. Konjunkturell ist es nämlich nicht bedeutungslos, wenn die Nachfrage der Konsumenten die Tendenz zeigt, sich von den Verbrauchsgütern zu den Dienstleistungen hin zu verschieben. Im Ge-

gensatz zur Produktion von Verbrauchsgütern, die weitgehend zunächst einmal eine Produktion auf Lager ist, werden Dienstleistungen sofort bei ihrer Abgabe konsumiert. Das heißt nichts anderes, als daß die Einkommensentstehung bei den Dienstleistungen an die jeweilige Nachfrageentfaltung geknüpft ist, während im Güterbereich die Einkommenssteigerung der Verbrauchszunahme vorausseilt. Mit der jetzt zu beobachtenden Hinwendung zur Konsumtion von Dienstleistungen in den USA sind daher die Bereiche benachteiligt worden, die geeignet sind, eine Expansion in Gang zu bringen und zu halten.

Die sich jetzt allmählich wieder durchsetzende Geldverbilligung ist zwar als Stimulanz sehr zu begrüßen; es ist jedoch zweifelhaft, ob die ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen ausreichen werden, die gegenwärtige Konjunkturabschwächung abzufangen. Weder die vorsichtigeren Lagerdispositionen der Unternehmer selbst, die für die letzte Zeit charakteristisch waren, noch die geringere Bereitschaft der Verbraucher, dauerhafte Konsumgüter zu erwerben, können auf die bisherige Verknappung und Verteuerung an den Kreditmärkten zurückgeführt werden. Erst wenn der jetzt eingeschlagene Kurs der Verflüssigung durch weitere Maßnahmen zur Stützung und Belebung der Wohnungsbautätigkeit ergänzt werden würde, könnte damit gerechnet werden, daß von diesem so wichtigen Wirtschaftsbereich die Überwindung der neuerlichen Stagnationstendenzen ausgeht.

#### Westdeutschland

Die jüngste Verschärfung des kreditpolitischen Restriktionskurses durch ein ganzes Bündel drastischer Maßnahmen ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß die kredipolitischen Instanzen entschlossen sind, den von ihnen begonnenen Weg zu Ende zu gehen. Dieses Ende heißt: Dämpfung des Auftriebs in den gegenüber monetären Maßnahmen empfindlichsten Bereichen und damit auch Dämpfung der Gesamtkonjunktur, selbst auf die Gefahr hin, das konjunkturelle Klima über Gebühr zu strapazieren und zu verschlechtern, sei es auch unter Ausschöpfung aller Mittel, die der Bundesbank unter den gegenwärtigen Regelungen zur Verfügung stehen. Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß sowohl dieses Endziel als auch die Mittel, mit denen es erreicht werden soll, vom Gesichtspunkt eines um eine ausgeglichene Konjunkturpolitik bemühten Beobachters kaum Zustimmung finden können.

So läßt das Ziel zu wünschen übrig, weil es entsprechend dem allgemeinen Charakter der Geld- und Kreditpolitik ebenfalls zu allgemein ist und so der weiterhin recht differenzierten Nachfrage-Angebots-Konstellation in den verschiedenen Bereichen nicht gerecht wird und auch gar nicht gerecht werden kann. Denn gerade die gegenüber zinspolitischen Mitteln an sich empfindlichen Bereiche, wie vor allem der Wohnungsbau, werden infolge des wesentlich größer gewordenen „time-lags“ zwischen Kreditzusage und Beanspruchung des zugesagten Kredits durch Zinserhöhungen nicht sofort, wo es erwünscht wäre, sondern erst dann entscheidend getroffen, wenn sich die heute

bereits reduzierten Kreditzusagen in der Nachfrage nach effektiven Bauleistungen auswirken.

Die erhebliche Zeitspanne, die im langfristigen Bereich zwischen Kreditaufnahme und Realisierung des aufgenommenen Kredits verstreicht, hat ebenso wie die Voreindeckung, die vor allem der öffentliche Bereich in der dem gegenwärtigen Aufschwung vorangegangenen Phase des billigen Kredits reichlich betrieben hatte, wesentlich dazu beigetragen, daß das Zinsinstrument als Steuerungsventil der (zinsempfindlichen) Investitionen auch dort versagt, wo es — ohne diesen „time-lag“ — zweifellos nicht zu versagen brauchte. Abgesehen von dieser fragwürdig gewordenen Wirkung des Zinseffektes stört gerade an den zinspolitischen Mitteln, daß sie den nicht ausgehöhten Gegensatz zwischen den binnen- und außenwirtschaftlichen Wirkungen des verfolgten Restriktionskurses nun, da sie von einer Einschränkung der Währungskonvertibilität begleitet werden müssen, um so schärfer hervortreten lassen, während eine Beschränkung auf rein liquiditätspolitische Maßnahmen durch die starken notenbankunabhängigen Geldzuflüsse aus dem Ausland immer wieder neutralisiert werden würde. Aus dieser Zuspitzung der Situation, in der sich die Bundesbank in kreditpolitischer Hinsicht befindet, vermag man einzig die Hoffnung zu schöpfen, daß sie den übrigen für die Konjunkturpolitik verantwortlichen Stellen wenigstens für die Zukunft die Notwendigkeit eines breiter und flexibler angelegten Instrumentariums klar zum Bewußtsein bringt. Selbst wenn so dem augenblicklichen Zustand der Konjunkturpolitik auch noch eine gute Seite abgewonnen werden könnte, für die Gegenwart bleibt das Dilemma zunächst bestehen. Das Hintergründige dieses Dilemmas liegt darin, daß die monetäre Restriktion mit ihren Versuchen, die Binnenkonjunktur unter Kontrolle zu bekommen, in Dauerkonflikte mit der außenwirtschaftlichen Entwicklung gerät und mit zunehmender Härte ihrer Restriktionsmaßnahmen dazu beiträgt, diese Konflikte zu verschärfen. Darüber hinaus liegt es aber auch darin, daß gerade aus der ständigen Überbetonung der angeblich generellen Übernachfrage, die mit allen Mitteln bekämpft werden müsse, wirtschaftspolitische Folgerungen gezogen werden, die nicht geeignet sind, diese angebliche allgemeine Übernachfrage zu dämpfen. Sie sind aber auch deshalb nicht nötig, weil in den wichtigsten Bereichen der Wirtschaft die Angebotselastizität auch dann noch hoch sein wird, wenn die Ausnutzung der Produktionsfaktoren nicht mehr steigerungsfähig ist.

Gerade weil das eigentliche Problem des mit unverminderter Stärke anhaltenden Aufschwungs nicht in einer allgemeinen Übernachfrage und wegen der Angebotselastizität auch nicht in einer hieraus resultierenden allgemeinen Preissteigerung, sondern in einigen sehr genau zu lokalisierenden Überhitzungszentren, wie vor allem der Bauwirtschaft, zu suchen ist, wäre eine diese wenigen Überhitzungszentren unmittelbar treffende Therapie gerade auch der Gesamtentwicklung sehr viel dienlicher als die monetäre Restriktion, die gerade die Infektionsherde des Preisauftriebs nicht treffen kann, dafür aber die zukünftige

Entwicklung um so mehr mit einer schweren Hypothek belastet.

Wenn im Bereich des privaten Verbrauchs nach dem Abklingen der Lagerinvestitionswelle das Nachfragewachstum neuerdings stärker auf eine Beschleunigung der Endnachfrage zurückzuführen ist, so liegt hierin angesichts der Angebotselastizität dieses Bereichs nichts Bedrohliches. Im Gegenteil, sie kommt nach der Lagerauffüllung im rechten Augenblick, um einen besseren Aus-

gleich unter den Nachfragekomponenten herzustellen. Da sich in den Lagervorräten des Handels die Erwartung eines stärkeren Anziehens der Endnachfrage bereits niedergeschlagen hatte, haben sich bisher infolge der verstärkten Verbrauchernachfrage zunächst nur gewisse Tendenzen zur Normalisierung des Lager/Umsatzverhältnisses angebahnt. Es wäre daher voreilig, auf Grund der Verbrauchsentwicklung eine von der Produktion nicht zu bewältigende Beschleunigung der Nachfrage des Handels zu erwarten.

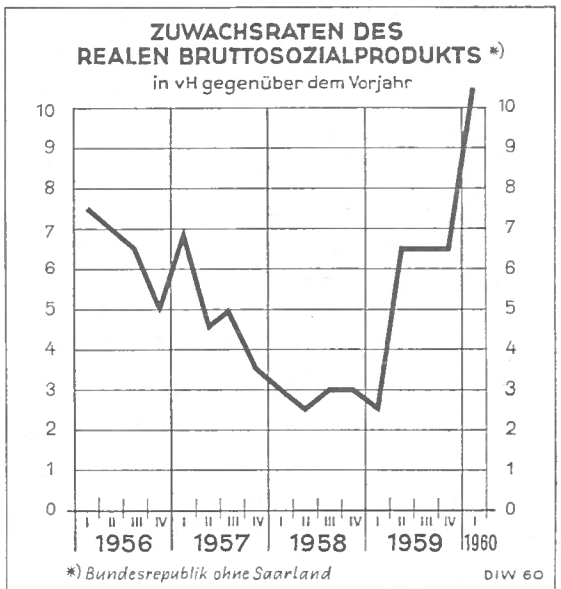
## Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik\*) im ersten Vierteljahr 1960

(Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

### Wirtschaftstätigkeit, Beschäftigung, Produktivität

Die Entwicklung des Bruttosozialprodukts zeigte im ersten Vierteljahr 1960 eine wesentlich geringere saisonale Abschwächung als in den Vorjahren. Dadurch wurde bereits jetzt der hohe Stand des saisonbegünstigten dritten Vierteljahres 1959 wieder erreicht. Neben der überaus günstigen Konjunkturlage waren hierfür auch eine Reihe von — ihrem Ursprung nach — außerkonjunkturellen Momenten maßgebend. So haben die öffentlichen Förderungsmaßnahmen für den Winterbau und die — im Vergleich zum Vorjahr — um drei höhere Zahl von Arbeitstagen auf Grund des späteren Ostertermins und des Schalttages das Arbeitsvolumen und die „Kapazität“ vergrößert und trugen wesentlich zur Entlastung des Angebot-Nachfrage-Verhältnisses bei.

Das Bruttosozialprodukt erreichte im Berichtszeitraum den Wert von 62,7 Mrd. DM, unter Einbeziehung des Saarlandes betrug es 63,9 Mrd. DM. Das für diese Jahreszeit außerordentlich hohe Niveau der Wertschöpfung kommt in einer seit mehreren Jahren nicht mehr erzielten Jahreswachstumsrate (nominal 13,5 vH für das Bundesgebiet ohne Saarland) zum Ausdruck. Ein Teil dieses Zuwachses war freilich lediglich Preiserhöhung in der heimischen Wertschöpfung, doch auch preisbereinigt hat das Gesamtprodukt den Vorjahrsstand erheblich — um 10,5 vH — übertroffen. An diesem Erfolg hatte — wie erwähnt — die gegenüber dem Vorjahr um 4 vH größere Zeitdimension (Arbeitstage) beachtlichen Anteil. Die förderlichen Auswirkungen des höheren Arbeitsvolumens sind im wesentlichen großen Teilen der Güterproduktion, nicht aber den Dienstleistungsbereichen — jedenfalls nicht soweit die dort tätigen Arbeitnehmer monatlich entlohnt werden — und dem Einzelhandel, wo sie durch Saisonfaktoren (Ostergeschäft diesmal erst in II/60) überdeckt wurden, zugute gekommen; daher dürften im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft zwar nicht die vollen 4 vH, aber immer noch 2 bis 2,5 vH der realen Zuwachsrates durch diese Irregularitäten erklärbar sein. Weiterhin muß bei der Beurteilung der Wachstumsrate die aus konjunkturellen Gründen sehr niedrige Aus-



gangsbasis des Vorjahrs berücksichtigt werden.

Bei Ausschaltung all dieser Momente ergibt sich dennoch nochmals eine Vergrößerung des realen Wachstumstempos der Gesamtwirtschaft: Nach wie vor war die Angebotselastizität der westdeutschen Volkswirtschaft weit höher als erwartet. Die hohe Investitionstätigkeit des vergangenen Jahres hat die Voraussetzungen weiteren starken Wachstums — man könnte sagen für eine „Verewigung des Booms“ — geschaffen.

Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (einschließlich Soldaten und Heimarbeiter) war um 4 vH größer als in I/1959. Der Winterbau hat für dieses erstaunlich gute Ergebnis die ausschlaggebende Rolle gespielt. Auch die Anzahl der — je Beschäftigten — geleisteten Arbeitsstunden war wegen der vermehrten Zahl der Arbeitstage größer als im Vorjahr; dem standen allerdings weitere tarifliche Kürzungen der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit gegenüber. Das sogenannte Arbeitsvolumen dürfte sich unter dem Einfluß aller Faktoren — Zahl der Arbeitnehmer, Arbeitstage, Arbeitszeitverkürzungen — um etwa 6,5 vH erhöht haben. Für die Produktivitätsentwicklung je Arbeitsstunde ergibt sich somit eine Steigerung um 4 vH. Auf den Produktivitätszuwachs wirkten günstige Momente ein — vor

\*) Eine ausführlichere Analyse, insbesondere der sich im zweiten Quartal abzeichnenden Entwicklung, wird in dem in Kürze erscheinenden Heft 2/1960 der Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung veröffentlicht.

Entstehung des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik

Schätzung in Mrd. DM

Beiträge von	1958	1959	1958				1959				1960
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	16,5	17,1	4,1	4,1	4,1	4,2	4,2	4,2	4,4	4,3	4,4
Bergbau, Energiewirtschaft . . . . .	12,4	12,7	3,2	3,0	3,0	3,2	3,2	3,0	3,1	3,4	3,5
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	92,9	99,8	21,8	22,5	23,7	24,9	22,1	24,6	25,3	27,8	26,4
Industrie . . . . .	83,9	90,1	19,7	20,3	21,5	22,4	19,9	22,2	22,8	25,2	24,0
Handwerk . . . . .	9,0	9,7	2,1	2,2	2,2	2,5	2,2	2,4	2,5	2,6	2,4
Baugewerbe . . . . .	13,8	16,0	2,4	3,6	4,0	3,8	2,9	4,3	4,6	4,2	3,5
Handel, insgesamt . . . . .	31,2	34,0	7,1	7,5	7,8	8,8	7,4	8,1	8,7	9,8	8,2
Einzelhandel . . . . .	13,8	14,9	3,1	3,3	3,3	4,1	3,3	3,5	3,5	4,6	3,5
Großhandel . . . . .	17,4	19,1	4,0	4,2	4,5	4,7	4,1	4,6	5,2	5,2	4,7
Verkehrs- und Nachrichtenwesen . . . . .	15,2	16,4	3,6	3,7	4,0	3,9	3,7	4,0	4,3	4,4	4,1
Banken u. private Versicherungen . . . . .	7,2	8,2	1,7	1,8	1,8	1,9	1,9	2,0	2,1	2,2	2,2
Wohnungswesen . . . . .	5,6	6,2	1,4	1,4	1,4	1,4	1,5	1,5	1,6	1,6	1,6
Staat . . . . .	17,5	18,2	4,2	4,3	4,4	4,6	4,4	4,5	4,6	4,7	4,7
Sonstige Dienstleistungen . . . . .	15,3	16,3	3,7	3,8	3,9	3,9	4,0	4,0	4,1	4,2	4,2
Einkommen aus dem Ausland . . . . .	-0,3	-0,5	—	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,2	-0,1
Bruttosozialprodukt . . . . .	227,3	244,4	53,2	55,6	58,0	60,5	55,2	60,1	62,7	66,4	62,7
Saarland . . . . .		2,7							1,3	1,4	1,2
Bruttosozialprodukt . . . . .	227,3	247,1	53,2	55,6	58,0	60,5	55,2	60,1	64,0	67,8	63,9
a) zu jeweiligen Preisen . . . . .	227,3	247,1	53,2	55,6	58,0	60,5	55,2	60,1	64,0	67,8	63,9
b) zu Preisen von 1954 . . . . .	202,0	270,4	47,6	49,6	51,3	53,5	48,9	52,9	55,8	58,4	54,8

Quellen: Für die Jahreszahlen Statistisches Bundesamt, Vierteljahrsdaten Berechnungen des DIW, vgl. auch Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung.

allen bei der Industrie der bessere Ausnutzungsgrad des Anlagevermögens — aber auch ungünstige, z. B. im Einzelhandel das saisonbedingte niedrige Umsatzwachstum und in der Bauwirtschaft die schlechteren Witterungsbedingungen. Die günstigen, aber auch die ungünstigen Einflüsse werden im Sommer an Kraft verlieren, so daß voraussichtlich die Produktivitätssteigerungen nicht erheblich hinter dem Ausmaß des ersten Vierteljahres zurückbleiben werden, vor allem, da bei den laufend heranreifenden Investitionen die Wirtschaft besonderes Gewicht auf die Verwirklichung rationeller, Arbeitskräfte sparender Produktionsmethoden legt.

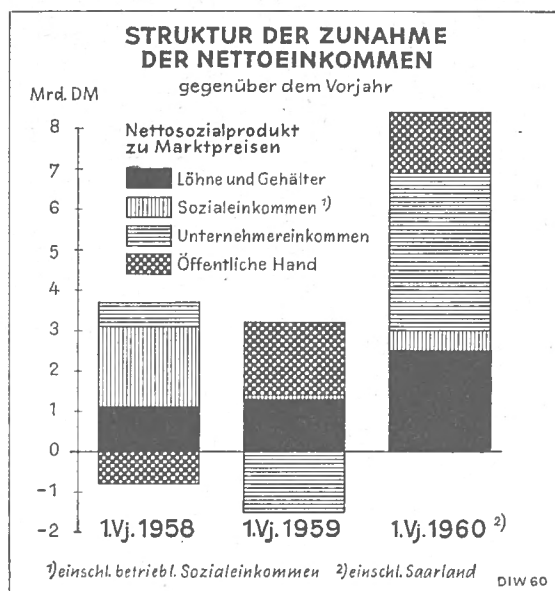
An der Zunahme des Sozialprodukts und der gesamtwirtschaftlichen Produktivität war die verarbeitende Industrie mit 55 vH des Gesamtzuwachses von nominal 7,5 Mrd. DM beteiligt. Der reale, kalendermonatlich berechnete Produktionsindex erhöhte sich um 18 vH. Besonders stark war das Wachstum der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (24 vH) und der Investitionsgüterindustrien (20 vH). Die Verbrauchsgüterindustrien erreichten zwar nicht ganz den Gesamtdurchschnitt, die Zuwachsrate war mit 17 vH aber auch hier sehr hoch. Schwach blieb mit + 4 vH allein das Wachstum der Nahrungs- und Genußmittelindustrien. Die Produktivität — bezogen auf die Arbeiterstunde — hat in der verarbeitenden Industrie um 9 vH über dem Vorjahrsstand gelegen; etwa drei Viertel des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachses hatten hier ihren Ursprung.

Auch in den übrigen Bereichen der Güterproduktion lagen günstige Wachstumsbedingungen vor. Die Bauwirtschaft konnte ihre Produktion real nochmals um etwa 13 vH erhöhen, und die Energieerzeugung stieg — angeregt durch die hohe industrielle Produktion — um 16 vH. Bei den verteilenden Bereichen erhöhte sich vor allem der Beitrag des Großhandels zum Bruttosozialprodukt überdurchschnittlich, während das Wachstum des Einzelhandels — wegen der veränderten Lage des Osterfestes — sehr gering

blieb. Die Wertschöpfung der Dienstleistungsbereiche (Banken, Versicherungen, Wohnungswesen, Staat, sonstige Dienstleistungen) nahm insgesamt um 7 vH zu. Ihnen ist gemeinsam, daß ihr „Output“ von der größeren Zahl der Arbeitstage kaum profitieren konnte und daher ein Wachstumsrückstand gegenüber der Güterproduktion von vornherein zu vermuten war. Wegen des starken Wachstums der Güterproduktion ging der Anteil der verteilenden Bereiche (Handel, Verkehr) und der Dienstleistungen am Sozialprodukt — verglichen mit I/1959 — um mehr als einen Punkt auf 19,5 bzw. 20 vH zurück, während die produzierenden Bereiche ihren Anteil von 58,5 vH auf über 60 vH erhöhen konnten.

Die Einkommensentwicklung

Das Nettosozialprodukt als Summe aller Einkommen erreichte in I/1960 mit 58,5 Mrd. DM (einschließlich Saarland) einen um 17 vH höheren Wert als ein Jahr zuvor. An der Aufwärtsbewegung haben alle Einkommensarten teilgehabt. Die Summe der Nettolöhne und -gehälter blieb jedoch mit + 12 vH merklich hinter diesem Durchschnittszuwachs zurück. Da die Zahl der Arbeitskräfte (1960 einschließlich der im Saarland Beschäftigten) um 6 vH größer war als im Vorjahr und ein weiterer — nicht genau quantifizierbarer — Einkommenszuwachs durch die größere Zahl der je Person geleisteten Arbeitsstunden anfiel, ergaben sich als durchschnittliche Erhöhung der individuellen Stundenentgelte etwa 4 bis 4,5 vH. Ein nur wenig höherer Satz ist auch für das Wachstum der Bruttolöhne und -gehälter zu veranschlagen. Die Durchschnittskosten des Produktionsfaktors Arbeitskraft sind somit im ersten Vierteljahr weiterhin in Übereinstimmung mit der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszunahme gestiegen, d. h. je Produktionseinheit etwa gleich geblieben. Bei erhöhten Endpreisen der heimischen Wertschöpfung und gleichzeitigem unterdurchschnittlichen Wachstum der veranlagten Ein-



kommensteuern ergab sich daraus für das Wachstum der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen eine sehr günstige Konstellation. Der Jahreszuwachs betrug 40 vH, doch war diese hohe Rate zum Teil durch die aus konjunkturellen und institutionellen Gründen herabgesetzte Vergleichsgröße des Vorjahrs beeinflusst.

Die entnommenen Gewinne sind — entsprechend einem allgemein nur unterdurchschnittlichen Verbrauchswachstum — nur um 4 vH gestiegen. Die unverteilt und zur Finanzierung der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung verwendeten Einkommen stiegen dagegen sprunghaft auf die vierfache Höhe des vergleichbaren Vorjahrsquartals.

Schwach blieb mit 5 vH die Zunahme der öffentlichen Sozialeinkommen. Zwar stiegen die Rentenbezüge infolge der Rentenanpassung zu Jahresbeginn mit 8 vH wesentlich stärker; andere übertragene Einkommen, z. B. die öffentlichen Fürsorgezahlungen stagnierten aber oder waren, wie die Arbeitslosengelder, sogar rückläufig.

Das Nettoeinkommen der öffentlichen Hand erhöhte sich um 13 vH und blieb damit erstmals seit mehr als einem Jahr wieder hinter der durchschnittlichen Einkommensexpansion zurück. Infolge der früheren starken Einkommenszunahme war der Staatsanteil am Volkseinkommen — Nettosozialprodukt zu Marktpreisen — aber immer noch wesentlich höher als zur gleichen Zeit im Jahre 1958.

Den privaten Haushalten standen — vorwiegend aus Netto-Arbeitseinkommen, Sozialeinkommen und Entnahmen — 9 vH höhere Einnahmen zur Verfügung. Das nominale Wachstum des privaten Verbrauchs war mit 7,5 vH etwas geringer, der gesparte Teil der verfügbaren Einkommen erhöhte sich folglich um 17 vH. Das in den letzten Jahren nur in III/1959 in Auswirkung der damaligen plötzlichen Preiserhöhungen bei den Lebensmitteln unterbrochene Ansteigen der „Sparquote“ hat sich damit scheinbar fortgesetzt; sie stieg von 12,3 vH im Vorjahr auf 13,3 vH. Bereinigt man die Einnahmen und die Ausgaben der privaten Haushalte aber um die von den

unterschiedlichen Osterterminen ausgegangenen Einflüsse, so kann man eher eine leicht fallende Sparquote vermuten.

### Die Verwendung des Sozialprodukts

Die Einbeziehung des Saarlands seit Mitte 1959 beeinträchtigt noch bis II/1960 die Vergleichbarkeit zwischen der Berichtszeit und dem entsprechenden Vorjahrsstand und damit die Aussagekraft der Zuwachsraten. Diese Einschränkung gilt für die Einkommensentstehung und auch für die im folgenden dargestellte reale Entwicklung der Verwendung des Sozialprodukts. Die Zuwachsraten sind hier im Durchschnitt um etwa 2 vH überhöht; durch die starken Wachstumsdifferenzierungen der einzelnen Verwendungsbereiche sind aber auch die unbereinigten Zuwachsraten für eine Beurteilung der Impulse des konjunkturellen Wachstums brauchbar.

Das Gesamtangebot an Gütern und Diensten für die Verwendung im Inland und für den Export hat sich im ersten Vierteljahr 1960 kräftig erhöht. Dies wurde durch das Wachstum der eigenen Wertschöpfung um 13 vH und der Einfuhr um sogar 26 vH erreicht; das Angebot überschritt somit den Vorjahrsstand um 15,5 vH.

Bereitstellung und Verwendung des Bruttosozialprodukts (1960 einschließlich Saarland) I/1960 gegenüber I/1959

	I/1959		I/1960		Zuwachsraten I/60 gegenüber I/59	
	Zu jeweiligen Preisen in Mrd. DM	Preisindex I/59 = 100	Zu Preis. v. I/59 Mrd. DM	nominal	real	in vH
<b>Bereitstellung</b>						
Bruttosozialprodukt	55,2	63,9	103	62,4	15,5	13
Einfuhr <sup>1)</sup> . . . . .	11,6	14,4	98,5	14,6	24	26
Insgesamt . . . . .	66,8	78,3	101,5	77,0	17	15,5
<b>Verwendung</b>						
Privater Verbrauch	32,7	35,2	102,5	34,4	7,5	5
Öffentl. Verbrauch	8,9	9,2	102	9,0	3,5	1
Brutto-Anlageinvestitionen . . .	11,4	13,9	103	13,5	22	18,5
a) Bauten . . . . .	5,3	6,5	106,5	6,1	22,5	15
b) Ausrüstungen . . .	6,1	7,4	100	7,4	21	21
Lagerbildung . . . . .	0,1	3,3	100,5	3,3	.	.
Ausfuhr <sup>1)</sup> . . . . .	13,7	16,7	99,5	16,8	22	22,5
Insgesamt . . . . .	66,8	78,3	101,5	77,0	17	15,5

<sup>1)</sup> Einschl. Dienstleistungen sowie einschl. Verkehr mit West-Berlin und sowjetischer Besatzungszone.

Die Anregungen für diese Beschleunigung gingen binnenwirtschaftlich ganz eindeutig von den Investoren aus. Insbesondere das Wachstumstempo bei den für eine schnelle Kapazitätsvergrößerung wichtigen Ausrüstungsinvestitionen hat sich seit dem Frühjahr 1959 ständig gesteigert: die in I/1960 zu verzeichnende Zuwachsrate lag mit 21 vH nochmals erheblich über der des Vorquartals (15 vH). Auch die Bauinvestitionen stiegen mit 15 vH sehr beachtlich. Absolut und relativ noch stärker als die Anlageinvestitionen erhöhten sich die Exporte. Die gesamten Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen waren um 22,5 vH größer als im Vorjahr; sie blieben damit zwar relativ, nicht aber im absoluten Betrag (+ 3,1 Mrd. DM) hinter der Einfuhrsteigerung zurück. Der reale Saldo der Leistungsbilanz war fast unverändert; das bedeu-

tet, daß der Zuwachs der heimischen Wertschöpfung voll für die inländische Verwendung in Anspruch genommen worden ist.

Auch die Lagerbildung war bedeutend größer als vor einem Jahr. In der Basiszeit befand sich die Wirtschaft aber in einer Phase des Lagerabbaues. Die für das Berichtsquartal — als Restposten der Verwendungsseite — ermittelte Lagerbildung von 3,3 Mrd. DM überschritt daher das Saisonübliche in einem geringeren Ausmaß, als es die Zuwachsbetrachtung vortäuscht. Doch hat die Tendenz zu einem größeren Lageraufbau, als sich aus Produktions- und Absatzbedingungen ergibt, seit dem 2. Halbjahr 1959 angedauert.

Auf die bisher behandelten Verwendungsbereiche — die „Investitionsbereiche“ zusammen — entfielen von der gesamten Zunahme der verwendeten Güter und Dienstleistungen im ersten Vierteljahr (10,2 Mrd. DM zu Preisen von I/1959) allein vier Fünftel. Die aus Anlageinvestitionen, Lagerbildung und Ausfuhrüberschuß gebildete „Investitionsquote“ am Bruttosozialprodukt erhöhte sich binnen Jahresfrist von 25 vH auf 30 vH. Auf die Verbrauchsbereiche, die in der Basiszeit drei Viertel des Sozialprodukts beansprucht hatten, kam folglich nur ein geringer Zuwachs.

Der private Verbrauch erhöhte sich um 5 vH, wobei — wie bemerkt — etwas mehr als 2 vH dieser Rate auf die Saarländingliederung zurückzuführen sind. Die im Vergleich zu I/1959 relativ geringe Zunahme der Verbrauchsausgaben wurde jedoch teilweise durch das Fehlen der Ostereinkäufe im ersten Vierteljahr 1960 verursacht. Der wichtigste kurzfristig verfügbare Indikator für die Entwicklung des privaten Verbrauchs — der Index der Einzelhandelsumsätze — zeigte dagegen bei den Käufen in letzter Zeit eine stärkere Steigerung als im Jahre 1959: Der Index erreichte im Januar real (und ohne Saarländeeinfluß) nur den Vorjahrsstand; schon der Februar brachte indessen eine kräftige Zunahme von 6 vH, und das Ergebnis für die zusammengefaßten Monate März und April — sie schließen in beiden Jahren das Ostergeschäft ein — zeigt ebenfalls einen Anstieg von 6 vH. Im zweiten Quartal wird daher der Verbrauch mehr als bisher wachsen. Infolge der reichlichen Bevorratung des Handels mit verbrauchsreifen Gütern und der noch immer ausdehnungsfähigen Konsumgüterproduktion dürfte ein allmähliches Nachziehen des privaten Verbrauchs mit der allgemeinen Expansion jedoch ohne güterwirtschaftliche Schwierigkeiten zu bewältigen sein.

Der öffentliche Verbrauch hat während der Berichtszeit fast stagniert. Dies lag an der irregulären Entwicklung der militärischen Käufe, die — wegen hoher Rüstungseinfuhren in I/1959 — auch nominal rückläufig waren. Ein großer Teil der Staatsausgaben in diesem Sektor wurde wieder als Vorauszahlung an das Ausland geleistet und schlug sich daher im Berichtszeitraum noch nicht in effektiven Verbrauchserhöhungen nieder.

Die Preisentwicklung war weiterhin — aber ohne neuerliche Beschleunigung — nach oben gerichtet. Das Preisniveau des Bruttosozialprodukts lag wie bereits in IV/1959 um 3 vH über dem Vorjahr. Nach wie vor kommt in dieser Preiserhöhung aber gesamtwirtschaftliche Übernachfrage nicht zum Ausdruck. Zum Teil ist sie, wie beim privaten Verbrauch, überwiegend kostenbedingt, und kostenbedingte Preiserhöhungen können auch bei einem Beschäftigungs- und Nachfrageniveau durchgesetzt werden, das erheblich unter dem gegenwärtigen liegt. Weiterhin spielten bei den genannten Preiserhöhungen die Tarifverbesserungen der öffentlich Bediensteten eine Rolle, die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — etwas summarisch — als Preissteigerungen der öffentlichen Dienstleistungen behandelt werden. Schließlich muß man bei der Beurteilung berücksichtigen, daß die einzelnen vorhandenen Preisindizes für die makroökonomische und wirtschaftspolitische Fragestellung nicht voll geeignet sind: sie haben die Neigung, dort Preissteigerungen zu registrieren, wo keine sind bzw. tatsächliche Preissteigerungen zu hoch auszuweisen.

Das Vorhandensein einer allgemeinen — im Gegensatz zu einer partiellen (Baumarkt) — Übernachfrage läßt sich aus der gegenwärtigen Preisentwicklung jedenfalls nicht ableiten. Dafür spricht auch der Umstand, daß in der Industrie, auf die sich die konjunkturelle Expansion konzentriert hat, Preisruhe herrscht.

#### Zur Lage im zweiten Quartal

Die günstigen konjunkturellen Wachstumsbedingungen haben im zweiten Quartal weiter bestanden. Die Angebotselastizität reichte nach wie vor zur Sicherung einer hohen realen Zuwachsrates aus. Auch die Kapazitätsausnutzung konnte nochmals — gegenüber dem Vorjahr — verbessert werden, ohne dabei im Durchschnitt ein optimales Niveau zu überschreiten. Das Bruttosozialprodukt dürfte sich um 9 vH (gegenüber II/1959) auf einen Betrag von 65 bis 66 Mrd. DM (einschließlich Saar 66 bis 67 Mrd. DM) erhöht haben. Bei weiterhin um 3 vH über dem Vorjahr liegendem Preisniveau der heimischen Wertschöpfung bedeutet dies ein reales Wachstum von etwa 6 vH, nur unbedeutend weniger als in den drei Vierteljahren zuvor. Die Effizienz je Arbeitsstunde hat sich um 4 vH erhöht.

In der Güterverwendung war durch den unveränderten Charakter der gegenwärtigen Hochkonjunktur die Zunahme bei den Anlageinvestitionen und bei der Ausfuhr besonders hoch, doch hat sich auch der private Verbrauch rascher als bisher entwickelt.

Die individuellen Lohnsteigerungen dürften wegen der Verlangsamung des Effizienzwachstums über die Produktivitätsentwicklung hinausgegangen sein. Die Gewinnsteigerung der Wirtschaft war jedoch nach wie vor stark.

Gegenstand	Einheit <sup>1)</sup>		1959												1960		
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
<b>UdSSR</b>																	
Kohle, gesamt <sup>1)2)</sup>	Mill. t	VS	.	.	126	.	.	126	.	.	128	.	.	127	.	.	129
Koks	"	"	.	.	13,1	.	.	13,2	.	.	13,4	.	.	13,7	.	.	13,8
Erdöl	"	"	.	.	29,6	.	.	32,1	.	.	33,6	.	.	34,2	.	.	34,5
Stromerzeugung, gesamt	Mrd. kWh	"	.	.	56,8	.	.	69,2	.	.	40,0	.	.	98,0	.	.	65,9
Eisenerz	Mill. t	"	.	.	22,6	.	.	23,7	.	.	24,2	.	.	23,9	.	.	25,2
Roheisen	"	"	.	.	10,5	.	.	10,5	.	.	10,8	.	.	11,2	.	.	11,4
Rohstahl	"	"	.	.	14,5	.	.	14,8	.	.	15,1	.	.	15,5	.	.	16,1
Walzwerkserzeugnisse	"	"	.	.	11,4	.	.	11,7	.	.	11,6	.	.	12,3	.	.	12,7
Kraftfahrzeuge <sup>3)</sup>	1 000 St.	"	.	.	120	.	.	122	.	.	126	.	.	128	.	.	127
Traktoren <sup>4)</sup>	"	"	.	.	53	.	.	53	.	.	53	.	.	55	.	.	59
Zement	Mill. t	"	.	.	9,0	.	.	9,6	.	.	10,0	.	.	10,2	.	.	10,5
Schwefelsäure	"	"	.	.	1,3	.	.	1,2	.	.	1,2	.	.	1,4	.	.	1,4
Mineraldünger, ges. (Reingehalt)	"	"	.	.	3,1	.	.	3,2	.	.	3,2	.	.	3,4	.	.	3,4
Baumwollgewebe	Mrd. qm	"	.	.	1,1	.	.	1,1	.	.	1,2	.	.	1,2	.	.	1,2
Papier, ges.	Mill. t	"	.	.	0,6	.	.	0,5	.	.	0,6	.	.	0,6	.	.	0,6
<b>Bulgarien</b>																	
Kohle, gesamt <sup>1)5)</sup>	1 000 t	S/VS	.	.	3686	.	.	3713	.	.	3828	.	.	4114	.	.	4164
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	288	271	297	296	301	306	322	342	341	.	.	1105	.	.	1069
Kupferkonzentrat 20%	1 000 t	"	4,2	4,4	5,0	4,9	4,5	4,3	4,7	4,4	4,7	.	.	13,9	.	.	.
Bleierzkonzentrat 70%	"	"	9,5	8,6	10,4	9,3	8,8	9,2	9,6	9,4	9,1	.	.	31,1	.	.	.
Rohstahl	"	"	18,1	18,1	18,9	18,5	18,7	20,8	19,1	19,7	18,6	.	.	59,5	.	.	56,0
Stickstoffdüngemittel	"	"	12,4	11,1	13,5	13,0	14,6	14,9	16,0	12,7	17,9	.	.	58,8	.	.	62,0
<b>Polen</b>																	
Bruttoproduktion d. soz. Ind.	1955 = 100	MD	131,2	128,2	141,4	138,7	134,9	145,5	132,1	134,6	146,4	160,6	162,7	151,8	137,6	144,5	160,2
Steinkohle	1 000 t	S	8508	7949	8229	8380	7738	8348	8218	7880	8273	8931	8575	8078	8311	8639	9425
Koks	"	"	973	886	989	939	984	955	979	973	948	977	952	989	997	935	1003
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	2342	2149	2216	2099	2026	1988	1972	2057	2160	2395	2449	2527	2495	2402	2490
Roheisen <sup>7)</sup>	1 000 t	"	375	358	383	348	358	351	362	371	347	372	371	381	399	369	372
Rohstahl	"	"	503	479	539	521	499	503	499	503	508	549	521	533	544	504	562
Walzwerkserzeugnisse	"	"	341	312	345	340	340	350	316	340	333	355	333	356	348	359	384
Zink	"	"	14,3	13,1	14,3	13,8	14,0	13,6	13,7	13,7	14,2	14,5	14,3	14,4	14,4	13,9	14,9
Stickstoffdünger, (Reingehalt)	"	"	22,3	20,4	22,6	21,8	22,2	21,2	18,6	20,6	20,9	20,7	21,9	22,5	22,2	21,3	23,3
Baumwollstoffe	"	"	51,0	51,8	54,6	56,5	51,0	55,8	48,6	54,1	57,4	58,7	56,5	57,6	54,3	53,6	59,1
Beschäftigte in soz. Industrie	1 000	"	2913	2925	2931	2937	2945	2958	2965	2970	2987	3017	3001	2941	2889	2878	.
Einzelhandelsumsatz <sup>8)</sup>	Mrd. Zloty	"	13,2	13,4	18,0	15,9	16,2	16,1	16,0	16,2	16,9	18,6	16,6	19,8	13,0	14,3	16,9
Einfuhr, gesamt	Mill. Zloty	VS	.	.	1197	.	.	1434	.	.	1384	.	.	1664	.	.	.
Ausfuhr, gesamt	"	"	.	.	951	.	.	1187	.	.	1016	.	.	1428	.	.	.
Einfuhr aus den Ostblockstaaten <sup>9)</sup>	"	"	.	.	760	.	.	903	.	.	861	.	.	1066	.	.	.
Ausfuhr nach d. Ostblockstaaten <sup>9)</sup>	"	"	.	.	547	.	.	697	.	.	613	.	.	816	.	.	.
<b>Tschechoslowakei</b>																	
Bruttoprod. d. gesamten Industrie	1955 = 100	MD	139,0	133,6	145,6	146,9	144,6	155,4	139,0	128,6	158,6	163,7	168,5	164,4	148,9	152,7	171,2
Steinkohle	1 000 t	S	2271	2069	2087	2278	2078	2220	2235	2152	2242	2312	2314	2247	2306	2310	2490
Braunkohle <sup>10)</sup>	"	"	4346	4063	4373	4261	4167	4325	4266	4215	4086	4370	4391	4252	4475	4339	4791
Koks, gesamt	"	"	660	599	661	635	663	653	652	653	639	687	688	688	709	677	729
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	1875	1732	1802	1733	1697	1694	1683	1675	1860	1981	2074	2078	2102	2004	2088
Eisenerz, roh	1 000 t	"	263	246	235	247	238	234	233	247	236	260	251	248	253	259	287
Roheisen	"	"	350	324	352	344	342	348	364	361	364	361	360	375	370	346	412
Rohstahl	"	"	511	462	520	504	510	508	495	499	519	536	524	548	514	524	598
Walzwerkserzeugnisse <sup>11)</sup>	"	"	321	305	324	331	327	327	322	324	351	366	366	350	349	360	399
Personenkraftwagen	Stück	"	4013	3675	4212	4336	4170	4542	4805	2342	4770	4746	4614	4380	4598	4654	5073
Chemische Düngemittel <sup>12)</sup>	1 000 t	"	22,9	22,1	24,8	24,3	21,7	22,4	22,5	17,1	20,8	24,3	22,7	22,9	24,7	24,3	26,6
Baumwollgewebe	Mill. m	"	36,3	35,2	38,5	38,4	36,4	40,1	29,8	28,9	41,9	37,9	38,3	36,5	36,6	38,1	43,0
Beschäftigte in der Industrie <sup>13)</sup>	1 000	D	2076	2079	2080	2081	2086	2095	2141	2140	2140	2180	2202	2181	.	.	.
Einfuhr, gesamt	Mill. Kcs	S	643	629	1000	786	925	1020	876	830	1046	1118	1007	1657	730	891	1293
Ausfuhr, gesamt	"	"	595	782	1228	864	1033	1479	931	891	1187	1153	1148	1560	777	1012	1243
Einfuhr aus den Ostblockstaaten <sup>9)</sup>	"	VS	.	.	1626	.	.	1974	.	.	2043	.	.	2591	.	.	1962
Ausfuhr nach d. Ostblockstaaten <sup>9)</sup>	"	"	.	.	1781	.	.	2404	.	.	2136	.	.	2507	.	.	2167
<b>Rumänien</b>																	
Kohle, gesamt <sup>1)14)</sup>	1 000 t	S	645	634	712	685	617	674	712	618	653	684	654	690	.	.	.
Erdöl	"	"	966	870	958	940	968	943	980	971	949	982	946	965	.	.	.
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	582	535	570	535	525	521	519	541	560	613	628	673	.	.	.
Eisenerzförderung	1 000 t	"	82,1	78,9	86,8	92,0	88,3	97,0	95,6	90,3	89,5	86,8	86,0	90,6	.	.	.
Rohstahl	"	"	105,6	98,9	102,0	105,5	121,5	117,6	121,8	127,1	117,9	128,9	131,4	140,2	.	.	.
Beschäftigte in soz. Industrie	1 000	VD	.	1145,1	.	.	1183,6	.	.	1193,6	.	.	1226,6	.	.	.	.
<b>Ungarn</b>																	
Bruttoprod. der staatl. Industrie	1949 = 100	S	o) 271	o) 263	o) 293	o) 285	o) 295	o) 316	o) 306	o) 303	o) 347	o) 352	o) 351	o) 360	309	314	356
Kohle, gesamt <sup>1)15)</sup>	1 000 t	"	2113	2023	2097	2059	2081	2131	2171	2029	2121	2272	2152	2098	2113	2142	2340
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	581	554	578	550	557	546	572	578	609	661	643	659	639	613	650
Bauxit	1 000 t	"	62	55	61	86	87	103	103	99	100	75	65	61	65	69	73
Rohstahl	"	"	140	132	147	146	144	146	145	142	149	159	155	152	156	154	166
Beschäftigte in der Industrie <sup>16)</sup>	1 000	VD	.	1220	.	.	1237	.	.	1279	.	.	1295	.	.	.	.
Einfuhr, gesamt	Mill. Dft.	S	486	598	813	667	750	928	688	725	841	678	842	1255	649	815	1177
Ausfuhr, gesamt	"	"	476	537	818	516	644	898	613	659	827	762	877	1370	531	615	946
Einfuhr aus den Ostblockstaaten <sup>17)</sup>	"	"	341	441	540	514	537	610	511	509	570	469	596	824	425	560	761
Ausfuhr nach d. Ostblockstaaten <sup>17)</sup>	"	"	304	321	513	344	432	562	421	420	563	507	551	923	313	364	595
<b>Jugoslawien</b>																	
Bruttoproduktion d. ges. Industrie	1959 = 100	S	o) 81	o) 86	o) 98	o) 94	o) 96	o) 105	o) 91	o) 98	o) 111	o) 111	o) 106	o) 123	93	102	.
Kohle, gesamt <sup>1)18)</sup>	1 000 t	"	1688	1710	1803	1622	1586	1691	1631	1746	1814	1989	1833	1994	1711	1891	.
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	725	670	695	685	645	644	629	679	665	640	670	760	744	695	.
Rohstahl	1 000 t	"	99,7														

